

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes.
Die englische Fassung ist massgebend.]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Übermittelter Auszahlungsentscheid

zu Gunsten des Ansprechers Robert Leonhard Winkler

betreffend das Konto von Dr. Leonhard Winkler

Geschäftsnummer: 216321/MBC

Zugesprochener Betrag: 15.500,00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von Robert Leonhard Winkler (der „Ansprecher“) eingereichte Anspruchsanmeldung betreffend das Konto von Dr. Leonhard Winkler (der „Kontoinhaber“) bei der [ANONYMISIERT] („Bank“).

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher wie im vorliegenden Fall nicht um Geheimhaltung gebeten, wurde nur der Name der Bank anonymisiert.

Vom Ansprecher eingereichte Informationen

Der Ansprecher reichte eine Anspruchsanmeldung ein, in der er den Kontoinhaber als seinen Vater Dr. Leonhard Anton Winkler, identifizierte, der am 22. Januar 1888 in Alzenau, Deutschland, geboren wurde und Ilse Elisabeth Johanna Winkler geb. Richelsen am 2. Januar 1928 in Hamburg, Deutschland, heiratete, mit der er fünf Kinder hatte. Der Ansprecher erklärte, dass sein Vater bis 1933 Stadtarzt in Speyer, Deutschland, war, und danach entlassen wurde, da er ein politischer Gegner des neuen Regimes war. Der Ansprecher sagte darüber hinaus, dass die nationalsozialistischen Behörden seinem Vater 1935 den Pass entzogen, und somit Reisen in die Schweiz und der Zugriff auf sein Bankkonto unmöglich machten. Der Ansprecher erklärte, dass sein Vater bis etwa 1937 in der Schwerdtstrasse 29 in Speyer wohnte und danach etwa ein Jahr auf der Schweinheimer Höhe in Aschaffenburg, Deutschland lebte. Laut den Aussagen des Ansprechers erklärte die Gestapo seinen Vater um 1938 für geistesgestört und wiesen ihn daraufhin in eine psychiatrische Anstalt, die Heil-Pflegeanstalt in Lohr am Main, Deutschland, ein. Der Ansprecher gab an, dass sein Vater sogar über den Fall des Nazi-Regimes hinaus bis zu seinem Tod am 1. August 1949 in Neustift/Stubaital, Österreich, in der Anstalt blieb.

Zur Unterstützung seines Anspruchs reichte der Ansprecher einen Erbschein vom 16. Februar 1962 ein, der zu erkennen gibt, dass der Ansprecher nach dem Tod seines Vaters Alleinerbe seines Vaters war, da seine Mutter und seine Geschwister das Erbe ausgeschlagen hatten. Der Ansprecher gab an, dass er am 21. Juni 1932 in Speyer geboren wurde. Der Ansprecher reichte im Jahre 1999 einen Eingangsfragebogen beim U.S.-Gericht ein, in dem er seinen Anspruch auf ein Schweizer Bankkonto im Besitz von Dr. Leonhard Winkler geltend machte.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Die Bankunterlagen enthalten eine Registerkarte und Ausdrücke aus der Datenbank der Bank. Gemäss diesen Unterlagen war der Kontoinhaber Dr. Leonhard Winkler, Stadtarzt, der in Speyer am Rhein, Deutschland, wohnhaft war. Die Bankunterlagen lassen darauf schliessen, dass der Kontoinhaber ein Schliessfach mit der Nummer 768 gemietet hatte, und der Vertrag am 14. Dezember 1933 beendet wurde. Aus den Bankunterlagen ist weder ersichtlich, wem das Kontoguthaben ausbezahlt wurde, noch auf welchen Wert sich der Inhalt des Schliessfachs belief. In den Bankunterlagen gibt es keine Hinweise darauf, dass der Kontoinhaber oder seine Erben das Konto aufgelöst und das Guthaben selbst erhalten haben.

Analyse des CRT

Identifizierung des Kontoinhabers

Der Ansprecher hat den Kontoinhaber plausibel identifiziert. Der Name des Vaters des Ansprechers stimmt mit dem veröffentlichten Namen des Kontoinhabers überein. Der Ansprecher identifizierte den Titel und die genaue Berufsbezeichnung seines Vaters, was mit den unveröffentlichten, in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen über den Kontoinhaber übereinstimmt. Zur Unterstützung seines Anspruchs reichte der Ansprecher Dokumente ein, unter anderem ein Erbschein vom 16. Februar 1962, der zu erkennen gibt, dass der Ansprecher nach dem Tod seines Vaters Alleinerbe seines Vaters war, da seine Mutter und seine Geschwister das Erbe ausgeschlagen hatten.

Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass der Ansprecher im Jahre 1999 einen Eingangsfragebogen beim U.S.-Gericht einreichte, in dem er seinen Anspruch auf ein Schweizer Bankkonto im Besitz von Leonhard Winkler geltend machte. Er tat dies, bevor die Liste der Konten, die gemäss dem „Independent Committee of Eminent Persons“ wahrscheinlich oder möglicherweise Opfern nationalsozialistischer Verfolgung gehörten („ICEP-Liste“), im Februar 2001 veröffentlicht wurde. Das bedeutet, dass der Ansprecher seinen Anspruch nicht nur auf die Tatsache stützte, dass eine Person, die denselben Namen wie sein Verwandter trägt, auf der ICEP-Liste als Inhaber eines Schweizer Bankkontos erschien, sondern auf eine direkte Verwandtschaft, von der er vor der Veröffentlichung der ICEP-Liste wusste. Das zeigt auch, dass der Ansprecher vor der Veröffentlichung der ICEP-Liste Grund hatte anzunehmen, dass sein Verwandter ein Schweizer Bankkonto besass. Das unterstützt die Glaubwürdigkeit der vom Ansprecher eingereichten Informationen. Das CRT nimmt auch zur Kenntnis, dass keine weiteren Ansprüche auf dieses

Konto vorliegen. In Anbetracht all dieser Tatsachen kommt das CRT zu dem Schluss, dass der Ansprecher den Kontoinhaber plausibel identifiziert hat.

Status des Kontoinhabers als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Der Ansprecher hat plausibel dargelegt, dass der Kontoinhaber ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Der Ansprecher gab an, dass die Gestapo den Kontoinhaber für geistesgestört erklärte und ihn 1938 in eine Anstalt einwies.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Ansprecher und dem Kontoinhaber

Der Ansprecher hat plausibel aufgezeigt, dass er mit dem Kontoinhaber verwandt ist, indem er einen Erbschein einreichte, in dem er als der Sohn und Alleinerbe des Kontoinhabers aufgeführt ist.

Verbleib des Kontoguthabens

Da die Nationalsozialisten 1933 begannen, das im In- und Ausland angelegte Vermögen von jüdischen Bürgern durch Auferlegung von Fluchtsteuern und anderen Massnahmen zur Beschlagnahmung einschliesslich der Konfiszierung von Vermögenswerten auf Schweizer Banken zu erheben; da die Nationalsozialisten den Kontoinhaber 1933 als politischen Gegner bezichtigten und er daraufhin seinem Posten als Stadtarzt in Speyer verlor; da die Nationalsozialisten dem Kontoinhaber im Weiteren auch den Pass abnahmen, ihn für psychisch gestört erklärten und ihn in eine psychiatrische Heilanstalt einwiesen; da eine Rückführung des Kontoguthabens nach Deutschland für ihn als politischen Gegner der Nationalsozialisten in der Konfiszierung des Guthabens geendet hätte; da der Kontoinhaber 1959 in Deutschland starb, ohne das Land verlassen zu haben; da es keinen Hinweis darauf gibt, dass dem Kontoinhaber oder seinen Erben das Kontoguthaben ausbezahlt wurde; da es weder dem Kontoinhaber noch seinen Erben möglich gewesen wäre, Informationen über das Konto des Kontoinhabers von der Bank zu erhalten, da die Schweizer Banken Informationen über die Konten in ihren Antworten auf Anfragen von Seiten der Kontoinhaber entweder einbehielten oder falsch angaben, da die Banken auf doppelte Haftung bedacht waren; und in Anwendung der Vermutungen (a), (h) und (j), die in Artikel 28 der Verfahrensregeln (siehe Anhang A und C¹) dargelegt sind, kommt das CRT zu dem Schluss, dass es plausibel ist, dass das Kontoguthaben weder dem Kontoinhaber noch seinen Erben ausbezahlt wurde. Gestützt auf den Präzedenzfall und die Verfahrensregeln wendet das CRT Vermutungen an, um zu bestimmen, ob die Kontoinhaber oder ihre Erben das Guthaben ihrer Konten erhalten haben.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das CRT kommt zu dem Schluss, dass ein Auszahlungsanspruch zu Gunsten des Ansprechers besteht. Erstens ist die Anspruchsanmeldung in Übereinstimmung mit den in Artikel 18 der Verfahrensregeln festgelegten Kriterien zulässig. Zweitens hat der Ansprecher plausibel

¹ Anhang C finden Sie auf der CRT II Website – www.crt-ii.org.

dargelegt, dass es sich beim Kontoinhaber um seinen Vater handelt. Dieses Verwandtschaftsverhältnis rechtfertigt einen Auszahlungsentscheid. Schliesslich hat das CRT festgestellt, dass es plausibel ist, dass weder der Kontoinhaber noch seine Erben das Guthaben des beanspruchten Kontos erhalten haben.

Zugesprochener Betrag

Im vorliegenden Fall besass der Kontoinhaber ein Schliessfach. Gemäss Artikel 29 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen wie im vorliegenden Fall der Wert eines Kontos unbekannt ist, der Durchschnittswert auf Konten gleicher oder ähnlicher Kontoart im Jahr 1945 angewendet, um den gegenwärtigen Wert des zugesprochenen Kontos zu berechnen. Gemäss der Untersuchungen die nach den Anweisungen des ICEP („ICEP-Untersuchungen“) durchgeführt wurden belief sich der durchschnittliche Inhalt eines Schliessfachs im Jahre 1945 auf 1.240,00 Schweizer Franken. Der heutige Wert des zugesprochenen Betrags errechnet sich, indem dieser Betrag gemäss Artikel 31(1) der Verfahrensregeln mit dem Faktor 12,5 multipliziert wird. Dies ergibt eine Auszahlungssumme von 15.500,00 Schweizer Franken.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Der Ansprecher wird darauf hingewiesen, dass das CRT gemäss Artikel 20 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend seine Anspruchsanmeldung durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden seine Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) verglichen.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das CRT verweist diesen Auszahlungsentscheid zur Genehmigung an das U.S.-Gericht, damit die Sonderbeauftragten die Auszahlungen vornehmen können.

Claims Resolution Tribunal
der 19 November 2003